Matrikelnummer: _____

Vorbemerkungen:

- T/S = Tuor/Schnyder/Schmid/Rumo-Jungo, 13. A. Die Zahlen referenzieren Seiten.
- Punkte für das Aufführen der einschlägigen Gesetzesnormen werden nur gutgeschrieben, falls die Bestimmung vollständig (d.h. so wie in dieser Lösungsskizze) wiedergegeben wird.

Bsp: Wird „Art. 603 i.V.m. Art. 604 ZGB (0.5 P.)“ gefordert, so ergibt „Art. 603 ZGB“ noch keinen Punkt. Bei „Art. 603 Abs. 1 ZGB bzw. Art. 604 ZGB“ erhält den Punkt dagegen, wer entweder „Art. 603 Abs. 1 ZGB“ oder „Art. 604 ZGB“ nennt.

Frage 1: Wie sind die in den zitierten Ausschnitten aus den letztwilligen Verfügungen des Ernst Elsässer vom 25. März 2009 und vom 8. Februar 2012 enthaltenen Anordnungen rechtlich zu qualifizieren? Begründen Sie.

Qualifikation der Anordnungen der letztwilligen Verfügung vom 25. März 2009	Maximale P.	Erzielt
<p>1. Satz: T/S, 668 ff.</p> <p>- In der Anordnung, den Sohn Anton zu enterben, ist eine <i>Straf- (0.5 P.) Enterbung (0.5 P.)</i> zu erblicken; Art. 477 Ziff. 1 ZGB (0.5 P.).</p> <p>Begründung: Die Enterbung stellt eine Verfügung von Todes wegen dar, mit welcher der Erblasser einem Erben gegenüber den (ganzen oder teilweisen) Entzug des Pflichtteils anordnet. Anton soll enterbt werden (0.5 P.).</p>	2	
<p>2. Satz: T/S, 668 ff.</p> <p>- Bei der Anordnung, auch der Grosssohn Gustav solle rein gar nichts erben, handelt es sich ebenfalls um eine <i>Straf- (0.5 P.) Enterbung (0.5 P.)</i>; Art. 477 Ziff. 1 ZGB (oben beim 1. Satz zu bepunkteten).</p> <p>Begründung (vgl. 1. Satz soeben): Der pflichtteilsgeschützte (vgl. Art. 478 Abs. 3 ZGB; vgl. Frage 2.b.) Grosssohn Gustav soll ebenfalls nichts erben.</p>	1	
<p>3. Satz: T/S, 689 ff.</p> <p>- Indem der Erblasser stattdessen Franziska Friedrich zu einem Fünftel an der Erbschaft berechtigt, nimmt er eine <i>Erbeinsetzung</i> vor (1 P.). Die Anordnung, dass beide Töchter je zwei Fünftel der Erbschaft erhalten sollen, stellt ebenfalls eine <i>Erbeinsetzung</i> dar (1 P.); Art. 483 ZGB (0.5 P.).</p> <p>Begründung: Franziska Friedrich und den beiden Töchtern werden je Quoten am Nachlass zugewendet, was als Erbeinsetzung zu qualifizieren ist. Bei einer Erbeinsetzung wird der Nachlass insgesamt oder zu einem Bruchteil – total oder quotal – einer oder mehreren Personen zugewendet (1 P.).</p>	3.5	
<p>4. Satz: T/S, 753 f.</p> <p>- In der Anordnung, die „drei sollen miteinander eine Erbengemeinschaft bilden und während fünf Jahren nach dem Tode des Erblassers die Erbschaft nicht teilen“, ist ein Teilungsaufschub und damit eine <i>Auflage</i> zu erblicken (1 P.); Art. 482 ZGB (0.5 P.).</p> <p>[Ebenfalls als richtig angesehen wird die Qualifizierung als (negative) <i>Teilungsvorschrift</i> (1 P.) nach Art. 608 Abs. 1 ZGB (0.5 P.).]</p> <p>Begründung: Die Erbengemeinschaft entsteht bereits von Gesetzes wegen und bedarf deshalb keiner testamentarischen Anordnung (1 P.); Art. 602 Abs. 1 ZGB (0.5 P.). Im Übrigen handelt es sich um eine Auflage, weil der Erblasser mittels Verfügung von Todes wegen eine Verhaltensweise (Tätigkeit oder Unterlassen, konkret: Nichtvornahme der Teilung während 5 Jahren) anordnet (0.5 P.).</p> <p>[Ebenfalls als richtig angesehen wird die Begründung zur (negativen) Teilungsvorschrift (0.5 P.).]</p>	3.5	
Zwischentotal	10	

Qualifikation der Anordnungen der letztwilligen Verfügung vom 8. Februar 2012	Maximale P.	Erzielt
<p>1. Satz: T/S, 756 f.</p> <p>- In einem zweiten Testament ordnet der Erblasser an, dass das Grundstück Zägli in den Erbanteil von Franziska fallen soll. Die Anordnung ist als <i>Teilungsvorschrift</i> zu qualifizieren (1 P.); Art. 608 Abs. 1 ZGB (0.5 P.).</p> <p>Begründung: Um eine Teilungsvorschrift handelt es sich, weil der Erblasser eine Regel darüber aufstellt, wem bei der Teilung das Grundstück Zägli zufallen soll und ausführt, das Grundstück solle „in den Erbanteil“ fallen, womit die Übernahme auf Anrechnung an den Erbteil zu erfolgen hat (0.5 P.).</p> <p>[Bemerkung: Im Zweifelsfall stellt eine Zuweisung einer Sache an einen bestimmten Erben bloss eine Teilungsvorschrift und nicht ein Vermächtnis dar, Art. 608 Abs. 3 ZGB. Es handelt sich vorliegend aber um eine klare Anordnung des Erblassers, weshalb die gesetzliche Vermutung gar nicht herangezogen werden muss].</p>	2	
<p>2. Satz: T/S, 689 ff.</p> <p>- Die Anordnung, dass Franziska die Matte auf dem Grundstück Zägli dem Schwingklub Oberes Gürbetal für ein jährliches Jungschwingertreffen unentgeltlich zur Verfügung stellen soll, stellt ein <i>Vermächtnis</i> dar (1 P.); Art. 484 ZGB (0.5 P.).</p> <p>Begründung: Das Vermächtnis hat bestimmte Sachen oder Werte zum Gegenstand, so auch beschränkte dingliche Rechte, wie etwa die Nutzniessung an der Erbschaft im Ganzen oder zu einem Teil oder ein Wohnrecht, oder auch ein obligatorisches Recht (z.B. Nutzungsrecht) an einer Sache. Damit stellt das Nutzungsrecht am Grundstück Zägli ein Vermächtnis zugunsten des Schwingklubs dar (0.5 P.), Art. 484 Abs. 2 ZGB (0.5 P.).</p> <p>[Bemerkung: Es liegt keine Auflage, sondern ein Vermächtnis vor. Der Erblasser verpflichtet Franziska, das Grundstück einer anderen Person, nämlich dem Schwingklub, unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Es wird somit ein Vermögensvorteil (vgl. Art. 484 Abs. 1 ZGB) zugewendet. In der letztwilligen Verfügung ist zudem ausdrücklich von einem „Nutzungsrecht“ die Rede, mithin von einem subjektiven Recht. Damit sind alle Eigenschaften eines Vermächtnisses gegeben].</p>	2.5	
<p>3. und 4. Satz: T/S, 691 f.</p> <p>- Bei der Anordnung, der Schwingklub habe auf der auf dem Grundstück befindlichen Matte jedes Jahr ein Jungschwingertreffen zu veranstalten, ansonsten das Nutzungsrecht sogleich dahinfalle, handelt es sich um eine auflösende bzw. eine <i>Resolutiv-</i> (0.5 P.) <i>Bedingung</i> (0.5 P.); Art. 482 ZGB (0.5 P.).</p> <p>Begründung: Mit einer Bedingung werden die Wirkungen einer Verfügung von Todes wegen von einer ungewissen künftigen Tatsache abhängig gemacht (0.5 P.). Die Anordnung ist auflösend bedingt, weil die Wirkungen der Verfügung von Todes wegen sogleich eintreten, aber mit Nichtdurchführung der Veranstaltung dahinfallen (0.5 P.).</p> <p>[Bemerkung: Es liegt insgesamt eine Bedingung vor. Festgesetzt wird der Gegenstand der Bedingung (Durchführung des Jungschwingertreffens) und die Sanktion für das Nichterfüllen der Bedingung (Dahinfallen des Nutzungsrechts)].</p>	2.5	
Zwischentotal	7	
Total Frage 1	17	

Frage 2: Wie ist die erbrechtliche Rechtslage nach dem Tod des Ernst Elsässer? Insbesondere: Wem stehen unter welchen Voraussetzungen welche erbrechtlichen Ansprüche zu?

Erbrechtliche Rechtslage beim Tod des Ernst Elsässer	Maximale P.	Erzielt
<p>a. Allgemein</p> <p><i>Gesetzliches Erbrecht und Pflichtteile:</i> T/S, 618 ff., 648 ff.</p> <ul style="list-style-type: none"> - <i>Gesetzliche Erben</i> von Ernst E. (0.5 P.) sind seine drei <i>Kinder</i> (0.5 P.), welche von Gesetzes wegen zu gleichen Teilen – also zu je 1/3 – erben (0.5 P.), Art. 457 Abs. 1 und 2 ZGB (0.5 P.). - Die drei Kinder des Erblassers sind <i>Pflichtteilerben</i> (0.5 P.). Der Pflichtteil der Kinder beträgt je $\frac{3}{4} \times \frac{1}{3}$, somit <i>1/4 des Nachlasses</i> (0.5 P.); Art. 471 Ziff. 1 i.V.m. Art. 457 Abs. 1 und 2 ZGB (0.5 P.). - Der Lebenspartnerin <i>Franziska Friedrich</i> steht <i>kein gesetzliches Erbrecht</i> zu (1 P.). - Ernst E. hat zwei eigenhändige letztwillige Verfügungen errichtet. Die spätere letztwillige Verfügung erwähnt nicht, in welchem Verhältnis sie zur ersten letztwilligen Verfügung stehen soll. [Die spätere letztwillige Verfügung nimmt aber implizit auf die frühere Bezug, indem hinsichtlich einer eingesetzten Erbin (Franziska) eine Teilungsvorschrift und eine Vermächtnisschuld (Grundstück Zälgli) angeordnet wird]. Inhaltlich stellt sie eine blosse <i>Ergänzung</i> der ersten letztwilligen Verfügung dar, denn beide Verfügungen können ohne weiteres nebeneinander Bestand haben. Somit tritt die zweite letztwillige Verfügung nicht an die Stelle der ersten und beide sind zu beachten (1 P.); Art. 511 Abs. 1 ZGB (0.5 P.). 	6	
<p><i>Erbrechtliche Rechtslage ohne Ergreifung weiterer Vorkehren:</i> T/S, 662 f.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die letztwilligen Verfügungen von Ernst E. sind <i>grundsätzlich wirksam</i> (0.5 P.), <i>aber anfechtbar</i> (Anfechtungsprinzip, 0.5 P.). - Unterbleiben weitere Vorkehren und setzt sich insbesondere Gustav gegen die Strafenterbung im ersten Testament nicht zur Wehr (Herabsetzung), so haben die letztwilligen Verfügungen von Ernst E. Bestand, d.h. Franziska Friedrich erbt als eingesetzte Erbin 1/5 des Nachlasses, wobei ihr Erbteil mit einem obligatorischen Anspruch des Schwingklubs Oberes Gürbetal auf ein unentgeltliches Nutzungsrecht belastet ist, und die beiden Töchter Brigitte und Carla erben – unter Wahrung ihrer Pflichtteilsrechte – je 2/5 des Nachlasses. Anton und sein Sohn Gustav erben infolge der Strafenterbung hingegen nichts (1 P.). 	2	
Zwischentotal Frage 2a	8	

<p>b. Voraussetzungen der Strafenterbung von Anton und Gustav durch die Verfügung von Ernst E. und Herabsetzungsklage</p> <p><i>Strafenterbung von Anton:</i> T/S, 668 ff.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Indem Anton Franziska Friedrich zu vergiften versuchte, hat er gegenüber einer dem Erblasser nahe verbundenen Person – nämlich seiner mit ihm eine Lebensgemeinschaft führende Freundin – eine schwere Straftat begangen. Dies stellt einen <i>Strafenterbungsgrund</i> i.S.v. Art. 477 Ziff. 1 ZGB dar (1 P.), welcher auch in der letztwilligen Verfügung von Ernst E. explizit erwähnt wird und damit formgültig ist (1 P.); Art. 479 Abs. 1 ZGB (0.5 P.). In casu liegt folglich eine wirksame Enterbung des Anton vor. Anton verliert somit sein gesetzliches Erbrecht und seinen Pflichtteil (1 P.). - Der Erblasser hat testamentarisch über den frei werdenden Teil verfügt, was unter Beachtung der Pflichtteile grds. möglich ist, da die Enterbung grundsätzlich die verfügbare Quote erhöht (1 P.); Art. 478 Abs. 2 ZGB (0.5 P.). Hat der Enterbte allerdings Nachkommen, so verändern sich die Pflichtteile nicht, weil die Nachkommen an die Stelle des Enterbten treten (1 P.); Art. 478 Abs. 3 ZGB (0.5 P.). In casu hat Gustav somit grundsätzlich einen Pflichtteil von $\frac{1}{4}$ 	10	
---	-----------	--

<p>des Nachlasses (1 P.).</p> <p><i>Strafenterbung von Gustav:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Gegenüber Gustav liegt kein Strafenterbungsgrund i.S.v. Art. 477 Ziff. 1 vor; nur dass er der Sohn eines verurteilten Straftäters ist, erfüllt den Enterbungstatbestand nicht. Somit steht Gustav grundsätzlich der Pflichtteil zu (1 P.). Falls Brigitte, Carla und Franziska anerkennen, dass Gustav der Pflichtteil zusteht, stellen sich keine Probleme (0.5 P.). Andernfalls müsste Gustav die Enterbung anfechten mittels <i>Herabsetzungsklage</i> (1 P.). 		
<p><i>Herabsetzungsklage:</i> zum Ganzen T/S, 662 ff.</p> <ul style="list-style-type: none"> - [Vorbemerkung: Die Anfechtung der Enterbung ist eine besondere Art der Herabsetzungsklage und es sind deshalb deren Vorschriften beizuziehen (vgl. T/S, § 68 Rz. 65).] - <i>Aktivlegitimiert</i> (0.5 P.) ist jeder in seinem Pflichtteil verletzte Erbe (0.5 P.), hier also <i>Gustav</i> (0.5 P.); Art. 522 Abs. 1 ZGB (0.5 P.). - <i>Passivlegitimiert</i> (0.5 P.) ist jede unter Verletzung des Pflichtteils des Klägers begünstigte Person (0.5 P.), hier also <i>Franziska Friedrich, Brigitte und Carla</i> (0.5 P.). 	3.5	
<ul style="list-style-type: none"> - <i>Frist</i> zur Klageanhebung: <ul style="list-style-type: none"> - <i>1 Jahr nach Kenntnis</i> der Verletzung des Pflichtteils <i>verwirkt</i> das Klagerecht <i>relativ</i> (1 P.; 0.5 P., falls <i>Verjährung</i> genannt wird). - <i>Absolut</i> verwirkt ist die Herabsetzungsklage <i>innert 10 Jahren</i> (1 P., auch wenn <i>Verjährung</i> genannt wird, weil <i>Folgefehler</i>); Art. 533 Abs. 1 ZGB (0.5 P.) - <i>Weder</i> die relative, <i>noch</i> die absolute Verwirkungsfrist ist zur Zeit (10. Januar 2014) <i>abgelaufen</i>, weshalb Gustav gegen Franziska Friedrich, Brigitte und Carla die Herabsetzungsklage erheben kann (1 P.). 	3.5	
<ul style="list-style-type: none"> - <i>Örtliche Zuständigkeit:</i> <ul style="list-style-type: none"> - <i>Zuständig</i> ist das Gericht am letzten Wohnsitz des Erblassers (0.5 P.); Art. 28 Abs. 1 ZPO (0.5 P.). 	1	
<ul style="list-style-type: none"> - <i>Erbrechtliche Rechtsfolgen einer gutgeheissenen Herabsetzungsklage:</i> <ul style="list-style-type: none"> - Wenn Gustav mit seiner Herabsetzungsklage durchdringt, erhält er seinen <i>Pflichtteil</i>, d.h. $\frac{1}{4}$ des Nachlasses (1 P.). - Um den Pflichtteil herzustellen, müssen die diesen verletzenden Verfügungen von Todes wegen <i>herabgesetzt</i> werden, hier also die <i>Erbeinsetzungen</i> (1 P.); Art. 532 ZGB (0.5 P.). - Der <i>Erblasser</i> hat sich in seiner Verfügung von Todes wegen über die Herabsetzung der Erbeinsetzungen <i>nicht geäußert</i> (0.5 P.), weshalb diese grundsätzlich <i>im gleichen Verhältnis</i> erfolgt (1 P.); Art. 525 Abs. 1 ZGB (0.5 P.). - Sind ebenfalls pflichtteilsberechtigter Erben begünstigt, so ist auch Art. 523 ZGB zu beachten (0.5 P.). Das bedeutet, dass die Zuwendungen an die Dritten (hier Franziska Friedrich) im vollen Umfang, diejenigen an die Pflichtteilerben (hier Brigitte und Carla) nur mit dem Überschuss über den Pflichtteil verhältnismässig herabgesetzt werden (1 P.). Der Pflichtteil von Gustav beträgt $\frac{1}{4}$ des Nachlasses. Um den entsprechenden Betrag müssen die Anteile von Franziska Friedrich, Brigitte und Carla gekürzt werden. Die Kürzung erfolgt für die Pflichtteilerbinnen Brigitte und Carla nach dem <i>Verhältnis der Überschüsse über den Pflichtteil</i> (Art. 523 ZGB), vorliegend je $\frac{3}{20}$. Die Kürzung der Zuwendung an Franziska Friedrich erfolgt nach dem <i>Verhältnis des Gesamtbetrages der Zuwendung</i> (vorliegend $\frac{4}{20}$), da sie nicht pflichtteilsgeschützt ist (Art. 525 Abs. 1 ZGB) (1 P.). Die Herabsetzung erfolgt also im Verhältnis 4:3:3 (1 P.). <p>[Bemerkung: Da das Vermächtnis den Wert der Zuwendung sicherlich nicht</p>	8	

übersteigt, gelangt Art. 486 Abs. 1 ZGB nicht zur Anwendung.]		
Zwischentotal Frage 2b	26	
Total Frage 2	34	

Frage 3: Im Zuge der Abwicklung des Erbgangs des Ernst Elsässer entsteht Streit zwischen den beiden Töchtern Brigitte und Carla. Carla will sofort die Erbteilung über die ganze Erbschaft vornehmen, während Brigitte darauf besteht, den Willen des Erblassers zu respektieren und mit der Teilung fünf Jahre zuzuwarten. Wie ist die Rechtslage? Wie ist allfällig gerichtlich vorzugehen?

Frage 3: Erbteilung	<i>Maximale P.</i>	<i>Erzielt</i>
<p><i>Rechtslage:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Bei der Anordnung, dass die Erbschaft während fünf Jahren nach dem Tod des Erblassers nicht geteilt werden darf, handelt es sich um eine <i>Auflage</i> (vgl. vorne Frage 1). Diese Auflage steht im Widerspruch zum grundsätzlich jederzeitigen Anspruch jedes einzelnen Erben auf Teilung der Erbschaft (1 P.); Art. 604 Abs. 1 ZGB (0.5 P.). - Gemäss h.L. kann die Teilung durch den Erblasser <i>nur innerhalb der verfügbaren Quote, nicht jedoch zulasten der Pflichtteile</i> aufgeschoben werden (1 P.). Der vom Erblasser verfügte Aufschub kann durch formlose Vereinbarung aller Erben aufgehoben werden (<i>Prinzip der freien, privaten Teilung</i>) (1 P.); Art. 607 Abs. 2 ZGB (0.5 P.). Falls Brigitte – und auch alle übrigen Miterben – zu einer einvernehmlichen Lösung nicht Hand bieten, müsste Carla eine <i>Herabsetzungsklage verbunden mit einer Erbteilungsklage</i> erheben, um ihren Pflichtteil bereits jetzt erhalten zu können (0.5 P.). 	4.5	
<p><i>1. Herabsetzungsklage:</i> zum Ganzen T/S, 662 ff.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Um den Pflichtteil herzustellen, müsste die den Teilungsaufschub anordnende Verfügung von Todes wegen zuerst auf das zulässige Mass herabgesetzt werden (1 P.). - [Bemerkung: Die Prüfung der einzelnen Voraussetzungen der Herabsetzungsklage wird nicht noch einmal erwartet und auch nicht bepunktet. Aktivlegitimiert ist jeder in seinem Pflichtteil verletzte Erbe (hier will Carla eine Verletzung geltend machen). Passivlegitimiert ist jede den Pflichtteil des Klägers nicht respektierende Person (hier Brigitte, allenfalls auch Franziska Friedrich und bei erfolgreicher Herabsetzungsklage ebenfalls Gustav).] 	1	
<p><i>2. Erbteilungsklage:</i> zum Ganzen T/S, 758 f.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Um die effektive Teilung der Erbschaft und die Aushändigung des Pflichtteils zu erreichen (objektiv partielle Erbteilung), muss ferner eine Erbteilungsklage erhoben werden (1 P.). - <i>Aktivlegitimiert (0.5 P.)</i> ist jeder Erbe einzeln (0.5 P.), hier also <i>Carla (0.5 P.)</i>; Art. 604 Abs. 1 ZGB (0.5 P.). - <i>Passivlegitimiert (0.5 P.)</i> sind grundsätzlich sämtliche nicht auf der Klägersseite mitwirkenden Erben (0.5 P.) als notwendige Streitgenossenschaft (0.5 P.), es sei denn, es würde von einzelnen Miterben ein antizipierter Abstand erklärt werden; hier also <i>Franziska Friedrich, Brigitte und bei erfolgreicher Herabsetzungsklage auch Gustav (0.5 P.)</i>. <p>[Bemerkung: Nicht passivlegitimiert ist selbstverständlich der Schwingklub Oberes Gürbetal als Vermächtnisnehmer.]</p>	5	
<p><i>Frist zur Klageanhebung:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Teilungsklage ist unverjährbar und kann nicht verwirkt werden (1 P.), in casu stellt die Verjährung bzw. Verwirkung also kein Problem dar (0.5 P.). 	1.5	
<p><i>Örtliche Zuständigkeit:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Zuständig ist das Gericht am letzten Wohnsitz des Erblassers (0.5 P.); Art. 28 	1	

Abs. 1 ZPO (0.5 P. ; vgl. dazu auch BK-Spycher, N. 4 zu Art. 28 ZPO).		
- <i>Erbrechtliche Rechtsfolgen einer gutgeheissenen Erbteilungsklage:</i> - Wenn Carla mit ihrer Erbteilungsklage durchdringt, erhält sie ihren <i>Pflichtteil</i> , d.h. $\frac{1}{4}$ des Nachlasses, und zwar zu alleiniger Berechtigung (1 P.). Im Übrigen bleibt sie als Erbin mit ihrer Restquote in der Erbengemeinschaft (1 P.).	2	
Total Frage 3	15	

Diverses	<i>Maximale P.</i>	<i>Erzielt</i>
Aufbau, Sprache und juristische Argumentation		
Aufbau, Sprache	6	
Juristische Argumentation	3	
Total Aufbau, Sprache und juristische Argumentation	9	

Maximalpunktezahl:	75
Erzielte Punkte:	

Note: